

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 3 (1977)
Heft: 4

Artikel: Bundesfinanzen : auf unsere Kosten saniert
Autor: cr
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-358585>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Misshandelte Kinder

BESONDERS GEFÄHRDET SIND DIE UNERWÜNSCHTEN KINDER

Immer wieder, wenn wir über die Folgen diskutieren, die es für Frauen hat, dass die Liberalisierung der Abtreibung hinausgezögert wird, stossen wir auf das Problem der Kindesmisshandlung. Wir bitten eine angehende Soziologin, ihre Arbeit über dieses Thema zusammenzufassen.

In regelmässigen Abständen gehen Meldungen über Kindesmisshandlungen durch die Presse. Die wenigsten Leser können ermesen, welches namenlose Elend für das Kind und die Eltern sich hinter diesen der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Fällen die nur die Spitze eines Eisberges darstellen, verbirgt. In der Schweiz wurde das Problem der Kindesmisshandlung bisher wenig beachtet. Wer sich informieren will, ist auf deutsche, englische und amerikanische Untersuchungen angewiesen.

Wer sind die misshandelnden Eltern?

Väter und Mütter misshandeln etwa gleich häufig. Viele Eltern sind in ungunstigen bis stark gestörten Familienverhältnissen aufgewachsen. Ein hoher Prozentsatz der misshandelnden Väter ist arbeitslos. Die Familien haben oft ein niedriges Einkommen, schlechte, enge Wohnungen und viele Kinder. Ehekongflikte, gestörte und zerrüttete Familienbeziehungen sind sehr häufig. Viele misshandelnde Mütter sind mit ihrer Ehe unzufrieden.

Wer sind die misshandelten Kinder?

Mädchen und Knaben werden etwa gleich häufig misshandelt. Es sind alle Altersgruppen vertreten. Besonders gefährdet sind aber Vorschulkinder, vor allem Säuglinge und Kleinkinder im "Trotzalter". Bei ihnen zieht eine Misshandlung oft schwere bis tödliche Verletzungen nach sich, während grössere Kinder körperlich mehr "ertragen". Besonders oft misshandelt werden unerwünschte Kinder, wie uneheliche, voreheliche, letztgeborene Kinder und Stiefkinder. Sehr viele Kinder zeigen Entwicklungsrückstände, abweichende Verhaltensweisen und psychopathologische Symptome als Reaktion auf die krankmachenden Erziehungsbedingungen. Bei Säuglingen äussern sie sich zum Beispiel als Essschwierigkeiten

und Erbrechen, bei Kleinkindern als Einnässen und Einkoten, Zerstörungswut, Essen von Abfällen und bei grösseren Kindern als Stehlen und Lügen.

Psychische Probleme und materielle Lebensverhältnisse

Eltern, die ihre Kinder misshandeln, befinden sich meist in Krisensituationen. Diese können materieller und sozialer Art sein wie Arbeitslosigkeit, kleines Einkommen, ungenügende Wohnverhältnisse, hohe Kinderzahl, oder psychischer Art wie Eheprobleme, ungewollte Schwangerschaft etc. Die misshandelnden Eltern sind fast durchwegs geprägt durch langjährige negative Erfahrungen, die bis in die früheste Kindheit zurückgehen. So waren diese Eltern selber ungeliebte, ständig kritisierte und überforderte, oft auch geschlagene Kinder. Die Kindesmisshandlung kommt in den unteren sozialen Schichten gehäuft vor. Der Anteil der unerwünschten Kinder an der Zahl der misshandelten Kinder ist sehr hoch. Diese beiden Tatsachen müssten bei der Diskussion über die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs unbedingt berücksichtigt werden. So gehen die Gegner einer sozialen Indikation oder einer Fristenlösung von einem Wunschenken aus, wenn sie meinen, dass es heute keine sozialen Notlagen mehr gibt, die den Eltern das Aufziehen von Kindern massiv erschweren oder gar verunmöglichen. Die Häufung von Kindesmisshandlungen in den sozial benachteiligten Schichten beweist das Gegenteil. Dies besonders ungewollte Kinder misshandelt werden, sollte denjenigen zu denken geben, die die Fristenlösung und damit das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihre Schwangerschaft ablehnen. Die landläufige Meinung, dass die Eltern das Kind, wenn es einmal geboren ist, annehmen können, trifft in der Realität meist nicht zu.

Schlimmer noch: "Tageschulen brauchen viele qualifizierte Lehrkräfte. Ist dieser Aufwand für die Gemeinden finanziell tragbar? ... Angesichts der wachsenden finanziellen Belastung der Öffentlichkeit muss eine weitere Beanspruchung als Zumutung betrachtet werden, besonders wenn deren Aufgaben weit besser, sinnvoller und erst noch billiger von Müttern und Familien erfüllt werden können." Billigere Arbeitskraft als diejenige der Hausfrauen, die aus dem Arbeitslohn eines Mannes ernährt werden, findet sich tatsächlich nirgends mehr. Die Stossrichtung ist klar. Es hätte nicht einmal mehr des Hinweises auf die "egoistischen Fraueninteressen" bedurft, die "mit Steuergeldern zu belohnen und allfällige sozialdemokratische Erscheinungen auf Staatskosten zu fördern" selbstredend in höchstem Masse unverantwortlich wäre.

Die Hervorhebungen stammen von uns. Die beiden Damen wohnen in Zürichs bestem Villenviertel und setzen sich selbstlos für eine "menschengerechte Erziehung" ein.

Bundesfinanzen: auf unsere Kosten saniert

Ein sogenanntes Sparpaket wollen uns unsere Landesväter und der Nationalrat beschneiden, und auch der Ständerat wird sicherlich in dieses Lied einstimmen. Die Bundesfinanzen sollen saniert werden, sparen steht überall auf der Tagesordnung. Es lohnt sich, das Gewirr der Debatte um die Finanzvorlage etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Was uns als besorgtes Bemühen um unser Wohl angeboten wird, entlarvt sich sehr schnell als rigoroser Sozialabbau. Für uns Frauen steht die Sache besonders schlimm: die Krankenkassen werden massiv geschröpft, hier werden die Frauen zu den Hauptleidtragenden gehören.

Wo spart das Sparpaket?

Sehr viel gespart wird bei den Krankenkassen. Die Bundessubventionen die erst gekürzt wurden, sollen auf dem heutigen Niveau eingefroren werden. Damit fehlen den Kassen im nächsten Jahr 150 Mio Franken, 1979 sind es dann bereits 260 Mio. Sparen tut hier nur der Bund, das Geld wird einfach den Versicherten aus der Tasche gezogen, sparsam heisst darum im Klartext nichts anderes als eine noch unsozialere Finanzierung der Krankenkassen. Für uns Frauen kann das verheerende Folgen haben. In unserer Petition für die Verteidigung der Rechte der Frauen in der kommenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes - damals noch die Petition der Progressiven Frauen - haben wir unter anderem

die Verwirklichung des Grundsatzes "Gleiche Prämien für Mann und Frau" gefordert. Gleiche Prämien für die Frauen können allerdings nur garantiert werden, wenn die Subventionen des Bundes entsprechend erhöht werden, wenn die Krankenversicherungen sozialer finanziert wird. Auf jeden Fall müssen wir verhindern, dass die Prämien von Frau und Mann ins Unermessliche steigen, falls beide zwar die gleichen aber eben unbezahlbare Prämien zu zahlen haben, müssten wir damit rechnen, dass die Gruppe mit einem kleineren Krankheitsrisiko - die jungen, gesunden Männer - abwandern in die Privatversicherungen chronisch Kranke, die alten Leute und wir Frauen hätten das Nachsehen: eine solche Entwicklung wäre das Ende einer sozialen Krankenversicherung. Das ganze Sparpaket muss zudem noch im Zusammenhang mit dem Finanzpaket, also im wesentlichen mit der Mehrwertsteuer gesehen werden, über das wir am 12. Juni abzustimmen haben. Zur Mehrwertsteuer hier nur soviel: mit ihr soll wesentlich mehr Geld in die Bundeskasse kommen. Andererseits wird mit dem Sparpaket aber weniger ausgegeben, dort wo wir es dringend brauchen würden: bei den Sozialleistungen. Das ist mit Sicherheit keine Finanzpolitik, die unsere Interessen vertritt. Das Beispiel der Krankenkassen muss uns eine deutliche Warnung sein. Wenn wir uns nicht wehren, müssen wir immer mehr bezahlen und erhalten immer weniger für unser Geld. or



Bild: Fotolb

STREIK DER WÄSCHERINNEN

Am 15. März streikten in der Zentralwäscherei Basel (ZWB) 73 der Beschäftigten (grösstenteils Ausländer), um die Freiwilligkeit des Sparkontos der PWWK (Pensionskassa) durchzusetzen. Wie man weiss, ist die Einzahlung in die PWWK für Ausländer nur dann sinnvoll, wenn sie tatsächlich fest angestellt werden. Darauf aber warten viele der ausländischen Beschäftigten vergeblich, auch wenn sie schon länger als 10 Jahre in der Schweiz arbeiten.

UNERTRÄGLICHE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR FRAUEN

Ein Grossteil der Streikenden waren Frauen. Im Gespräch mit ihnen stellte sich heraus, dass sie unzumutbare und auch gefährliche Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind. Man denke da z.B. an die sogenannte "Blut- und Kotabteilung", wo bis anhin ohne Handschuhe, Mundschutz etc. gearbeitet werden musste. Anhand dieses Streiks wurde einmal mehr deutlich, dass Frauen und ausländische Beschäftigte schlechteren Arbeitsbedin-

gungen bei niedrigsten Löhnen ausgesetzt sind (die Löhne bewegen sich um Lohnklasse 30!!!).

STREIKFORDERUNGEN TEILWEISE ERFÜLLT

Die Streikenden forderten: Fakultative Spareinlage; keine Repressionen mehr; Wiedereinstellung der beiden Arbeiter, die entlassen worden waren, weil sie sich für die Abschaffung des Sparkonto-Obligatoriums eingesetzt hatten. In den ersten beiden Forderungen war der Streik erfolgreich. Für die beiden Entlassenen versprach der VPÖD, sich für andere zumutbare Stellen beim Staat einzusetzen.

AUCH IM FELIX-PLATTER SPITAL...

Dieses Resultat gilt nur für die ZWB. Denn das Sparkassenobligatorium wird in allen Staatsbetrieben von Jahresaufenthaltern erhasht! Und oft bedient man sich auch dabei repressiver Methoden, wie im Felix-Platter-Spital, wo im Fall der Verweigerung der Einzahlung mit Entlassung gedroht wurde. Dies galt dem weibl. Putzpersonal, also hauptsächlich ausländischen Frauen.

DSC

Erstes Mitarbeiterinnen-Treffen der "Emanzipation". Alle Frauen, die Interesse und ein wenig Zeit haben, an der "Emanzipation" mitzuarbeiten, treffen sich am Samstag, den 11. Juni um 15.00 Uhr im Rest.Salmen, Ringstrasse 39, 4600 Olten.

Schaffhausen

ENDLICH

Endlich hat sich der Schaffhauser Stadtrat zum Abbruch des provisorisch bewilligten Abendverkaufs entschlossen. Ein Jahr lang war der Abendverkauf ein heiss umstrittenes Eisen. Während die Gewerkschaft VHTL und die Progressiven Frauen (jetzt safra) gemeinsam gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch den Abendverkauf protestierten, schwätzten die Befürworter von der grösseren Attraktivität der Altstadt. Jetzt hat eine Bestandaufnahme den Beweis erbracht, dass nur 13 % der Ladeninhaber einen wöchentlichen Abendverkauf wünschen. Aber eben es sind die grossen Kaufhäuser. Diese lassen sich nicht locken. Bereits propagliert man einen monatlichen Abendverkauf.

Zürich

UNSERE MUTTERTAGSAKTION

Motto: "Danke für die Blumen..."
Samstag, 7. Mai 11 Uhr
Besammlung beim Hallenbad
(Sihlstr. 71, City)

Tenue: Wenn möglich Schwarz!

Frauen! Wir protestieren dagegen, dass die Ärztesgesellschaft des Kantons Zürich die von den Krankenkassen vorgeschlagenen Tarife für die Krebs-Vorsorgeuntersuchungen ablehnt und sich mit den Kassen nicht über den Umfang dieser Untersuchungen einigt. Diese unverantwortliche Haltung gefährdet das Leben unzähliger Frauen!
VORBEUGEN - NICHT STERBEN
Kommt alle zur "Kranzniederlegung" am Samstag vormittag!

Die SAfRA Zürich hat ihre nächste VOLLVERSAMMLUNG am Mittwoch, 11. Mai, um 19.30 Uhr "Aemterhalle" (Gertrudstrasse 37, beim Lochergut)

Wir berichten von der ersten SAfRA-Delegiertenversammlung und diskutieren unser Arbeitsprogramm bis Herbst. Gäste sind immer willkommen!

Die VORSTANDSSITZUNGEN der Sektion Zürich finden 14-täglich statt, jeweils Dienstag abend 20 Uhr im Restaurant "SIHLHOF", Stauffacherquai 1, 1. Stock. Sie sind für alle Mitglieder offen. Die nächste: 3. Mai (dann 17.5.usw.)

Die ARBEITSGRUPPEN treffen sich gewöhnlich alterierend an den Diensttagabenden zwischen den Vorstandssitzungen, z.Z. mit: Erziehungsfragen, Frau und Gesundheit, Theorien zur Sexualität, Frau und Beruf, Frau und Recht, Experimentelles Theater, Junge Mädchen, Verkäuferinnen, Allgemeine Diskussion zur Sache der Frau.

KINDERHORT Kreis 6, Stapferstr. 43: Frauen mit Schulkindern melden sich bei Beate Staehelin, Tel. 60 03 41.

Eine Frau mit 2-jährigem Kind sucht Wohnpartnerin in moderne 3-Zimmer; Wohnung, Kreis 5.

Die SAfRA, Zürich sucht zentrale, billige Sekretariatsräume (leerstehende Wohnung).

Anfragen und Anmeldung an: SAfRA Postfach 611, 8026 Zürich

Bern

EMANZIPIATIONSTHEORIEN

Kurzreferat und Diskussion zum Thema "Frau und Familie" am 6. Mai, "Frau und Erziehung" am 20. Mai, "Ausbildung und Berufstätigkeit" am 3. Juni. Organisiert von der safra Bern. Jeweils um 20.00 Uhr im Volkshaus. Eintritt frei.

GUTE GELEGENHEIT

Eine gute Gelegenheit, die safra-Bern kennen zu lernen ist ihre Vollversammlung am 11. Mai um 20.00 Uhr im Volkshaus, Saal 5. Wir berichten über die laufenden Aktivitäten. Ein besonderes Tradendum wird die Mutterschafts-Versicherungs-Initiative sein. Alle Interessentinnen sind herzlich eingeladen!

KRITIK AM STRAFVOLLZUG

Ruth Hamm, Vertreterin der SP im bernischen Grossen Rat, erfährt es: Kritik am Strafvollzug ist nicht erwünscht. Von ihrer Fraktion war sie für die Justizkommission nominiert worden - doch bei den Wahlen im Parlament entschied eine Mehrheit gegen sie. Ruth Hamm über mehrmals Kritik am bernischen Strafvollzug und setzte sich besonders für die Frauen in Hindelbank ein (vgl. letzte Nummer der Emanzipation). Wie den Strafvollzug kritisiert, ist für eine Justizkommission untragbar.

NEIN ZU MIGROS-INITIATIVE

In T'sun hat die Migros eine Initiative für die Einführung des Abendverkaufs zustandegebracht. Inzwischen hat das Gewerkschaftskartell mit überwältigender Mehrheit beschlossen, dies abzulehnen. Am 25. September dürfte diese Initiative vors Volk kommen.

Luzern

Heisses Pflaster

Immer wieder stossen wir auf Schwierigkeiten, wenn es darum geht, einen Saal für Frauenveranstaltungen zu finden. Meistens ist der Grund die kleine Konsumation. So hat es schon zweimal geheissen, wenn wir einen Saal bestellen wollten: ja, aber nur, wenn alle 2x konsumieren. Nicht nur aus diesem Grund bestehen Beschränkungen, in Luzern ein Frauenzentrum zu eröffnen. Und gerade zu einer solchen Vorbereitungszusammenkunft wurde ein Saal in einem Restaurant, wo wir schon etliche Franken abgeladen hatten, nicht mehr zur Verfügung gestellt. Der Wirtin gefielen unsere Forderungen nicht. Sie missfielen ihr sogar so, dass sie uns drohte, die "subversiven" Lehrerinnen aus unserer Gruppe dem Regierungsrat anzugeben. Heisses Pflaster für uns Frauen in Luzern!

Billigste Arbeitskraft: Hausfrau

Eine "Interessengemeinschaft für das Kind in der Familie" richtete einen Brief an Regierung und Parlament der Stadt Zürich, worin zwei Damen ihrer "Besorgnis um eine weitere Unterwanderung familiärer Erziehung" in bewegten Worten Ausdruck geben.

Es geht um die Frage der Tageschulen. Fortschrittliche Kreise fordern sie seit langem, und zwar nicht nur im Interesse der berufstätigen Frauen, die das bleiben und dennoch Kinder haben möchten, sondern auch zugunsten einer besseren psychosozialen Entwicklung der Kinder. Seit Pestalozzi zweifelt eigentlich niemand mehr daran, dass Kinder zusammen mit anderen Kindern gesünder aufwachsen als in einseitiger Bindung an Mutter und Vater. Ausser eben diese I.G., die aber nach eigenen Angaben nur "eine kleine Zahl von Frauen und Müttern" umfasst. Für diese I.G. sind Tageschulen des Teufels.

Erstens "verprogrammieren" sie die Kinder, zweitens fördert die "Kollektivbetreuung" des Kindes "seine soziale Vereinamung in der Masse" und die "Massenabfütterung" lässt "wichtige psychische und kulturelle Belange beim Essen" unberücksichtigt.



Die Themen dieses Treffens sind:

- Frauenarbeit (Anstellung, Arbeitslosigkeit, Hausarbeit)
- Abtreibung, Verhütung und Sexualität
- Frauenzentren
- Solidarität mit den unterdrückten Frauen in aller Welt

Frauen, die zu diesem Treffen nach Paris fahren möchten, mögen sich bitte mit unserem Sekretariat in Verbindung setzen (Tel. 061321 11 66 vorm. 9.00 - 13.15 Uhr).